Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inl.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 36 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.
Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 166. Sonntag den 15. Juni 1879. 73. Jahrgang.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 18. Juni a. c., Abends ½7 Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Gutachten des Verfassungs-, Bau- und Oekonomie-Ausschusses über a. Reorganisation des Bauamtes, b. das Bauregulativ für die drei Blocks mit geschlossener Häuserreihe an der Bismarckstraße.
II. Gutachten des Verfassungs- und Finanzausschusses über das Regulativ für Erhebung der Kirchenanlagen.
III. Gutachten des Verfassungs- und Oekonomieausschusses über die Eingabe der Herren Wilbrand und Genossen, den Handel im Umherziehen auf den Straßen und Plätzen während des Wochenmarktes betreffend.
IV. Gutachten des Bau-, Oekonomie- und Finanzausschusses über a. den Ankauf einer Parcelle neben dem Thüringer Bahnhof, b. den Verkauf des Grundstücks „Zur grünen Linde".
V. Gutachten des Bauausschusses über die Anlage öffentlicher Pissoirs auf verschiedenen Plätzen der Stadt.

Bekanntmachung.

Der hiesige Kaufmann Herr Heinrich Gustav Dittmann hat uns am 5. Juni c. eine baare Summe von 300 Mark im Sinne seiner am 5. März c. hier verstorbenen Mutter Frau Johanne Sophie Dittmann geb. Schauer zu Gunsten der unter unserer Verwaltung stehenden Biener'schen Stiftung übergeben.

Wir sprechen hierfür auch öffentlich unseren Dank aus.

Leipzig, am 11. Juni 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, die **Arbeiten des Neubaues einer Turnhalle** für die 1. Bezirksschule hier an einen Unternehmer zu vergeben. Die Anschlagsformulare und Bedingungen sind bei Herrn Architekt **Häckel**, Zeitzer Straße 41 hier, zu erhalten. Die Gebote sind bis zum **26. Juni d. J.** Abends 6 Uhr versiegelt und mit der Aufschrift „**Turnhalle**" versehen auf unserm Bauamte, Abtheilung für Hochbau, niederzulegen.

Leipzig, den 13. Juni 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wilisch, Ass.

Dornen-Verkauf.

Von dem Leipziger Rathsforstrevier Burgau können durch den Revierverwalter, Herrn Oberförster Dietze, Forsthaus Burgau bei Böhlitz Ehrenberg, annoch
circa **600 Bund Schwarzdorn**, à Hundert Bund 6 Mark
gegen **sofortige Bezahlung** bezogen werden.

Leipzig, am 10. Juni 1879.

Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Im Monat Mai d. J. gingen bei der Armenanstalt ein

a. an Legaten:

15 ℳ — ₰ von dem am 3 März d. J. verstorbenen Herrn Johann Wilhelm Schaufuß.

b. an Geschenken:

3 „ — „ als Erlös für Probebacken aus dem neuerfundenen Kunstbackofen des Bäckermeisters Herrn Traugott Pappe in Windorf,
— „ 95 „ „von einem Gesangsquartett",
90 „ — „ von B. S. und C. J.,
— „ 55 „ „zuviel gezahlt L.",
1 „ 50 „ als Vergleichszahlung von R. G.,
3 „ — „ als dergleichen von F. W. E. H.
5 „ — „ als dergleichen von C. P.,
30 „ — „ von dem Buchhändler Herrn Rich. Eckstein,
5 „ — „ Sachverständigengebühr von dem Schlossermeister Herrn Julius Schwartze;

c. an der Armencasse gesetzlich zufallenden Geldern:

205 „ 55 „ Musikerlaubniß und Gestattung von Schaustellungen betr., durch den Rath,
10 „ — „ Strafe in Folge von Sonntagsentheiligung, durch denselben,
5 „ — „ dergleichen, durch das königl. Bezirksgericht,
24 „ — „ Nachtigallensteuer, durch den Rath.

398 ℳ 55 ₰.

Leipzig, den 11. Juni 1879.

Das Armendirectorium.
Ludwig-Wolf. Lange.

Deutsche Manipulationen mit französischen Urtheilen.

N. L. C. Bei den Vertheidigern der neuen Zollpolitik des Fürsten Bismarck ist es ein beliebter Kunstgriff, französische Freihändler als Zeugen für die Mäßigung dieser Politik anzuführen. So citirt die „Nordd. Allg. Ztg." ab und zu die entschieden antiprotectionistische „RépubliqueFrançaise", so beruft sich der „Schwäbische Merkur" auf den von dem namhaftesten französischen Freihandelsschriftsteller der Gegenwart, Paul Leroy-Beaulieu, herausgegebenen „Economiste." Beide Blätter heben den Forderungen der französischen Schutzzöllner gegenüber hervor, daß der im deutschen Reichstage zur Zeit zur Berathung stehende Tarif schon hinter dem bisherigen französischen Tarif, geschweige denn hinter einem noch ferner zu steigernden weit zurückbleibe. Auch lassen sie durchblicken, daß man in Frankreich vom freihändlerischen Standpuncte aus mit einem Tarif, wie dem vom Fürsten Bismarck vorgeschlagenen, einstweilen ganz zufrieden sein würde. Aber was beweist Das für uns? Für Frankreich, welches bis auf den heutigen Tag in den Bahnen des entschiedenen Schutzzolls gewandelt ist, würde unser neuer Tarif nach dem Urtheil der Freihändler selbstverständlich ein Fortschritt sein; für uns ist er nichts mehr und nichts weniger, als ein großer Rückschritt. Uebrigens scheint dem „Schwäb. Merkur" bei dem Studium der von dem „Economiste" zwischen dem deutschen und dem französischen Tarif angestellten Vergleichungen gerade die interessanteste Stelle entgangen zu sein. Sie lautet:

„Was die Zölle auf die landwirthschaftlichen Producte anlangt, so würden dieselben in dem neuen deutschen Tarif höher sein, als in dem neuen französischen Tarif, wenn sie auch hinter den extravaganten Forderungen unserer Landwirthe noch beträchtlich zurückbleiben. Getreide und Mehl würden 1,95 Fr. und 2,50 Fr. per 100 Kilogramm bezahlen, fast das Doppelte der bestehenden französischen Zölle, welche 0,60 Fr. und 1,90 Fr. betragen. Das Fleisch würde ziemlich schwer belastet werden, während es in Frankreich frei ist."

Uns dünkt dieser Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich doch nicht so unbedeutend, daß er gar nicht der Erwähnung werth wäre. Vor Allem aber könnten doch die Aussprüche französischer Nationalökonomen für uns eine praktische Bedeutung nur dann haben, wenn sie uns belehrten, daß wir auch in Deutschland vom freihändlerischen Standpunct aus alle Ursache hätten, mit dem neuen Tarif zufrieden zu sein. Das thun sie aber nicht: vielmehr sagen sie das gerade Gegentheil. Und in diesem Zusammenhange scheint der „Schwäb. Merkur" wiederum folgende bemerkenswerthe Stelle des „Economiste" übersehen zu haben:

„Hat man diese deutsche Reaction als eine endgültige zu betrachten? Wir meinen nicht. Sie ist dem Lande auferlegt worden durch den allmächtigen Willen eines Mannes; aber die Werke, welche sich auf eine alleinstehende, augenblicklich überwiegende Ansicht stützen, sind von geringer Dauer. Wenn die Deutschen — und Das wird schwerlich lange auf sich warten lassen — sehen werden, daß die Zölle des Herrn v. Bismarck ihnen weder mehr Arbeit, noch mehr Wohlhabenheit geben, daß sie im Gegentheil die nationale Thätigkeit vermindern, indem sie den Export erschweren, und daß sie den Lebensunterhalt vertheuern, alsdann werden sie mißmuthig werden und eine günstige Gelegenheit finden, um einen Tarif wieder zu beseitigen, welcher sich im Widerspruch mit ihrer ganzen wirthschaftlichen Geschichte befindet".

Wir sind einigermaßen in Zweifel, ob der „Schwäbische Merkur" auch nach der Reproduction dieses Urtheils den „Economiste" noch als Zeugen für unsern neuen Zolltarif angerufen hätte. Außerdem aber hat er noch vergessen, zu erwähnen, daß die ganze Exemplification des „Economiste" auf den deutschen Tarif nur den Zweck hat, zu zeigen, daß Frankreich durch die in Deutschland sich anbahnende wirthschaftliche Reaction keineswegs gezwungen sei, die gleiche Richtung einzuschlagen. Die handelspolitische Umkehr des Fürsten Bismarck ist bekanntlich das stärkste Argument der französischen Schutzzöllner. Wir fürchten, die französischen Freihändler werden gegen dies Argument nur wenig ausrichten. Und so mögen Diejenigen in Deutschland, welche sich auf Frankreich berufen, getrost registriren, daß der erste Erfolg der neuen Bismarck'schen Handelspolitik eine Stärkung derjenigen Bestrebungen in unserem Nachbarlande ist, welche auf möglichste Abschließung gegen Deutschland gerichtet sind.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 14. Juni.

*** **Berlin**, 13. Juni. Die in vorletzter Reichstagssitzung erfolgte Ablehnung des vom Abg. Richter-Hagen gestellten Antrages, die Waaren-Statistik von der Tagesordnung abzusetzen, hat den vorläufigen Beweis geliefert, daß die große Mehrheit des Reichstages entschlossen ist, diese Vorlage, welche nach dem Beschluß der wirthschaftlichen Vereinigung an eine Commission verwiesen werden soll, in ernsthafte Erwägung zu nehmen, da die Nothwendigkeit, für eine zuverlässige Statistik zu sorgen, mehr und mehr anerkannt wird. Die Bemerkungen Richter's zur Geschäftsordnung waren übrigens insofern durchaus zutreffend, als er darauf hinwies, daß das Vorschieben von immer neuen Vorlagen — voraussichtlich wird die Tarifberathung in dieser Woche gar nicht mehr in Angriff genommen werden — durchaus bedenklich sei. Man scheint sich in der That allzu sehr auf die angeblich zwischen den Conservativen und den Nationalliberalen getroffenen Verabredungen zu verlassen, von langen Discussionen Abstand zu nehmen. Andererseits hat das Plenum bis gegen Ende des Monats Zeit, die zweite Berathung der ihm vorbehaltenen Positionen zu beendigen, die Tarifcommission wird frühestens bis Ende nächster Woche die erste und zweite Lesung zum Abschluß bringen, dann erst wird die Berathung der constitutionellen Fragen beginnen. Für die zweite Lesung der Commissionsvorschläge im Plenum und für die dritte Lesung bleiben dann, den Schluß der Session in der zweiten Juliwoche vorausgesetzt, noch zwei bis drei Wochen. Die Vertagungsideen werden in Regierungskreisen nach wie vor zurückgewiesen.

Die „Nordd. Allg. Zeit." schreibt: Das „W. T. B." bringt ein Telegramm aus Rom, nach welchem Kaiser Wilhelm anläßlich der goldenen Hochzeitsfeier von dem Papst und dem Cardinal Nina beglückwünscht worden ist. Diese Nachricht ist insoweit irrthümlich, als nicht der Cardinal Nina, sondern dem Gebrauche der Höfe entsprechend der Papst allein seine Glückwünsche brieflich abgestattet hat.

Der Reichstag empfing am Beginn der Freitags-Sitzung die Mittheilung des kaiserlichen Dankes für die durch den Präsidenten v. Seydewitz überbrachten Glückwünsche. Erledigt wurde dann in erster und zweiter Berathung der Vertrag mit den Samoa-Inseln. In der Sache selbst erntete die Regierung von allen Seiten des Hauses nur Dank. Der Abg. Bamberger benutzte aber die Gelegenheit, um den grellen Widerspruch darzulegen, der zwischen der in solchen Verträgen sich aussprechenden kosmopolitischen Handelspolitik und dem in Deutschland gegenwärtig in der Einführung begriffenen System besteht. Der Abgeordnete v. Schorlemer seinerseits beneidete die Samoaner um die auf Grund dieses Vertrages ihnen in Deutschland gewährleistete freie Religionsübung. Die Centrumspartei setzt also ihr neuestes Manöver noch fort. — Die erste Berathung des Gesetzentwurfs über die künftige Verfassung Elsaß-Lothringens wurde in der Mitte abgebrochen. Zum Worte kamen heute nach der Einleitungsrede des Unterstaatssecretairs Herzog nur die beiden elsässischen Abgg. Guerber und North und der Abg. Fürst Hohenlohe-Langenburg. Während der Autonomist North die Vorlage lebhaft begrüßte, erging sich Herr Gerber mit gewohnter Breite in den hinlänglich bekannten klerikalen Klagen. Fürst Hohenlohe entwickelte zwar manche Bedenken, schloß aber mit einer warmen Empfehlung des Gesetzentwurfs.

Der nervöse Zustand des Abg. v. Forckenbeck hat sich in letzter Zeit bedauerlicherweise so ungünstig gestaltet, daß er auf ärztliche Anordnung seinen Aufenthalt in Badenweiler mit einem solchen in der Schweiz vertauschen muß.

Auf die Stellung des neuen 1. Reichstags-Vicepräsidenten, Freiherrn von Franckenstein, innerhalb der Centrumspartei ist neuerdings ein nicht uninteressantes Schlaglicht gefallen. Die Angriffe der extremen Presse auf die Zollpolitik des Centrums sind doch schließlich als unbequem befunden worden und deshalb hat in dem selbst jener Parteirichtung angehörenden „Fränkischen Volksblatt" der Reichstagsabgeordnete für Lohr und jetzige 1. Reichstags-Vicepräsident — wie es scheint durch den befreundeten Fürsten von Löwenstein-Heubach — die vollständige Unberührtheit des Centrums von den „zollpolitischen Lockkünsten des Reichskanzlers" versichern lassen. Man möge nur auf die dritte Lesung des Zolltarifs warten und hinsichtlich der constitutionellen wie der „föderativen" Garantien durchaus auf die Centrumspartei vertrauen. So jene Ausführung, die wenigstens bei ihren Adressaten in extremer Parteirichtung und Presse ausnehmend geringen Glauben finden wird, fast so geringen wie die Versicherungen der „Schlesischen Volkszeitung" von einem künftig in das Reich der Erscheinungen tretenden bayerischen Ministerium Franckenstein. In letzterer Beziehung hätte eine Erinnerung an eine überaus charakteristische Münchener Episode des Winters 1874/75 mit der Gipfelung auf einem dortigen Hofballe die Freunde des Herrn v. Franckenstein vor der Anspielung derartiger vermeintlicher Hoffnungen schon allein zurückhalten dürfen.

Noch mag in Hinsicht auf Herrn v. Frankenstein erwähnt werden, daß Derselbe zwar im December 1870 mit zwei anderen Mitgliedern der bayerischen Reichsrathskammer gegen die Versailler Verträge, nicht aber im Juli jenes Jahres gegen die bayerische Kriegsbetheiligung resp. den Kriegscredit gestimmt hat. Der letztere wurde nach den Erklärungen der Staatsregierung und den energischen Aeußerungen eines der k. Prinzen durch Anordnung des ersten Präsidenten, Grafen Stauffenberg, einfach ohne Abstimmung bewilligt und Niemand schloß sich aus.

Der ständige Ausschuß des deutschen (antisocialdemokratischen) Arbeitercongresses hielt am 12. d. M. im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab. Aus den Berichten des Vorsitzenden Dr. Max Hirsch, des Generalsecretairs Julius Keller und des Schatzmeisters Sig. Arons, sowie der persönlich erschienenen auswärtigen Mitglieder Generalsecretair Schloßmacher (Hamburg) und Redacteur Kutschbach (Chemnitz) ergab sich im Allgemeinen, daß der deutsche Arbeitercongreß in Folge seiner rednerischen und literarischen Wirksamkeit in fast allen Theilen Deutschlands sich trotz der vielfach ungünstigen Zeitverhältnisse als lebenskräftig und aussichtsvoll erwies. Nachdem über das Organ „Die sociale Frage" weitere Bestimmungen getroffen, welche dessen ausgedehntere Verbreitung bezwecken, wurde in Uebereinstimmung mit der Ansprache des Vorsitzenden auf der Generalversammlung der „Concordia" ein Verhältniß gegenseitiger Förderung dieser beiden zielverwandten Verbände als das natürliche und zweckmäßige anerkannt, indem die „Concordia" vorzugsweise die größeren Arbeitgeber, der „Arbeitercongreß" die Arbeiter und kleinen Gewerbetreibenden zur reformatorischen Arbeit heranzieht. Im Interesse größerer Kraftentwickelung wurde schließlich einstimmig beschlossen, die Thätigkeit des Congresses und Ausschusses auf einige wenige besonders dringende Aufgaben zu beschränken, und der Vorstand beauftragt, der nächsten Ausschußsitzung, welche in etwa 14 Tagen stattfindet, eine bezügliche Vorlage zu machen.

Aus Wien, 13. Juni, wird gemeldet: Gegenüber den verdächtigenden und entstellenden Besprechungen, welche die Absichten der Regierung bezüglich Novibazars von Seiten der „Neuen Freien Presse" finden, veröffentlicht die „Politische Correspondenz" einen Artikel, in welchem es heißt: Ein Beschluß der Regierung in Betreff der Ausführung der Convention ist noch nicht gefaßt. Hält die Regierung diese Ausführung in einem gegebenen Augenblicke für nothwendig, so werden, entsprechend der Convention, Militairpersonen den Zustand der Wege und Communicationen für die als Garnisonen zu wählenden Orte untersuchen und die für den Einmarsch zweckmäßigen Modalitäten feststellen. Von dem Resultate dieser Erhebungen wird es abhängen, wie und zu welchem Zeitpuncte die Occupation stattfinden, ob dieselbe sich auf die in der Convention genannten drei Puncte oder auf andere Orte erstrecken, oder ob die Regierung für die nächste Zeit ganz darauf verzichten wird. Jedenfalls werden Finanzrücksichten in erster Linie Ausschlag gebend sein und wird das Unternehmen nur ein Minimum von Kosten in Anspruch nehmen dürfen — was ganz im Zusammenhang mit den allgemeinen Tendenzen der Regierungspolitik steht. Eben die Möglichkeit, durch die Convention alle größeren Auslagen zu vermeiden, bildete den Grundgedanken beim Abschluß der Convention. Dies ist der authentische Sachverhalt. Wie bisher immer werden die Thatsachen die beste Widerlegung von Verdächtigungen bilden, welche jetzt irgend einem Wahlmanöver zur Basis dienen sollen.

Der alte Garibaldi sucht auf gerichtlichem Wege die Aufhebung seiner Ehe mit der Signora